



GEMEINDE LANGERWEHE

DER BÜRGERMEISTER

Gemeindeverwaltung – Postfach 1240 – 52374 Langerwehe

**Landeshauptstadt Potsdam
-Bereich Partizipation und Tolerantes
Potsdam-
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam**

Dienstgebäude	Schönthaler Str. 4 52379 Langerwehe
Dienststelle	Ordnungsamt
Ansprechpartner/in	Frau Hoffmann
Etage, Zimmer	EG, Zimmer 7
Telefon	Durchwahl 0 24 23/ 409 134 Zentrale 0 24 23/ 409 0
Telefax	0 24 23/ 409 166
E-Mail	RHoffmann@langerwehe.de
Aktenzeichen	S.A.
Datum	06.09.2021

Beitritt zum Bündnis „Sicherer Hafen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Gemeinde Langerwehe hat in seiner Sitzung am 29. April 2021 den Beitritt zum Bündnis „Sicherer Hafen“ beschlossen.

Als Anlage mit beigefügt der Auszug aus der Niederschrift über die 4. Sitzung des Rates der Gemeinde Langerwehe vom 29.04.2021, TOP: 15/1, über den Beitritt zum Bündnis „Sicherer Hafen“.

Ebenfalls mit angefügt die unterschriebene „Potsdamer Erklärung“.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


(Hoffmann)

Besuchszeiten: montags bis freitags 8.00 - 12.00 Uhr
dienstags 14.00 - 16.00 Uhr
donnerstags 14.00 - 17.45 Uhr
oder nach Vereinbarung

Die Dienststellen für soziale Angelegenheiten
sind dienstagnachmittags und mittwochs
ganztäglich geschlossen

Bankverbindungen: Sparkasse Düren IBAN: DE32 3955 0110 0001 3001 10
BIC: SDUEDE33XXX
BLZ: 395 501 10 Konto: 1 300 110

Postgiroamt Köln IBAN: DE78 3701 0050 0010 7985 01
BIC: PBNKDEFF370
BLZ: 370 100 50 Konto: 107 98-501

Auszug

aus der Niederschrift über die 4. Sitzung des Rates der Gemeinde Langerwehe

am Donnerstag, dem 29.04.2021,

Zu Punkt 15/1 der Tagesordnung: Erklärung der Gemeinde Langerwehe zur Positionierung und humanitären Hilfe für Menschen auf der Flucht

hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion B'90/Die Grünen und der GAL Fraktion

Vorlage VL-148/2021

Der Rat beschließt den Beitritt zum Bündnis „Sicherer Hafen“.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja Stimmen
12 Nein Stimmen
Somit ist der Antrag angenommen.



Potsdamer Erklärung „Städte Sicherer Häfen“

Seit 2019 schließen sich Kommunen und Gemeinden zusammen, um sich gemeinsam für eine einfache und unkomplizierte zusätzliche Aufnahme von Menschen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden, einzusetzen. Ausgehend von der Potsdamer Erklärung vom 03.06.2019 fanden sich bis heute eine Vielzahl von „Städte Sicherer Häfen“, um durch eine Vernetzung im Bündnis ein Zeichen zu setzen, die humanitäre Katastrophe im Mittelmeerraum und darüber hinaus an den europäischen Außengrenzen zu beenden. Dies geschieht in Solidarität mit der Initiative Seebrücke, die einen maßgeblichen Teil dazu beigetragen hat, das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ zu gründen.

Wir, die „Städte Sicherer Häfen“ erklären uns bereit, die Zusammenarbeit sowie die erfolgreiche Bündnisarbeit weiter zu intensivieren, vernetzen uns stärker auf Landesebene und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Wir fordern die Bundesregierung über die bis jetzt gefundenen Lösungen hinaus auf, sich für ein langfristiges und praktikables Vorgehen zur Sicherung der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen auf europäischer Ebene einzusetzen und dazu jetzt einen eigenen Beitrag zu leisten. Zudem muss durch die Bundesregierung Transparenz im Verteilungsverfahren geschaffen werden und den Kommunen sowie den Gemeinden Möglichkeiten aufgezeigt werden, um ihr Angebot der zusätzlichen Aufnahme umzusetzen.

In diesem Zusammenhang erklären wir uns weiterhin mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch. Wir fordern im Weiteren die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem Königsteiner Schlüssel durch einen zu vereinbarenden zusätzlichen Schlüssel geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden. Seenotrettung ist kein Verbrechen und braucht sichere Häfen!

Die Städte Sicherer Häfen
17.02.2021

Gemeinde Langerwehe
Der Bürgermeister:

(Peter Münstermann)